0,50 €

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

Februar 02/2004

Zum Gedenken an unsere Kameradin Frieda Prüser

Frieda, die als Genossin der KPD und DKP und als Friedenskämpferin vielen in Bremen bekannt war, ist am 17. Dezember 2003 im Alter von 100 Jahren gestorben. Dieser einfachen Arbeiterfrau wollen wir hier ein ehrendes Andenken widmen. Friedas Leben war ein sehr selbstbewusstes. Sie musste im Faschismus damit fertig werden, dass ihr Hermann von den Nazis inhaftiert wurde. Sie selber ging arbeiten und hatte ihre beiden Mädchen Elfriede und Hanna zu versorgen.

1952 lernte ich Frieda im Buntentor kennen. Sie wohnte mit ihrer Familie am Buntentorsteinweg in dem ehemaligen Parteihaus der KPD. Wir beide arbeiteten im Stadtteil Buntentor eng zusammen. Frieda war verantwortlich für die Kasse der Stadtteilorganisation, die sie sehr exakt führte. Als junge Genossin war sie für mich ein großes Vorbild. Ich betrachtete ihr Leben mit Hochachtung. Ihre Kinder musste sie allein erziehen. Das war damals nicht einfach. Die Nazis taten viel, um besonders Kinder und Jugendliche für ihre verbrecherische Ideologie und Politik zu gewinnen. Dem musste Frieda entgegenwirken.
Am 17. August 1956 wurde die KPD verboten. Die Gruppe Buntentor traf sich aber trotzdem jeden Monat. Frieda hielt die Kasse aufrecht und kassierte regelmäßig die Beiträge. Mit uns Jüngeren verteilte sie Flugblätter. So wurde auch mit ihrer Hilfe die politische Arbeit der Gruppe im Buntentor weitergeführt. Später zog Frieda mit ihrem Hermann nach Gröpelingen. So sahen wir uns dann nur bei Aktionen.
Als es Frieda gesundheitlich schlechter ging, nahm Elfriede ihre Mutter zu sich. Sie kümmerte sich rührend um Frieda. Besuche bei den beiden waren bis Anfang Dezember 2003 immer erfreulich und anregend, denn Frieda verfolgte das Zeitgeschehen mit viel Interesse. Ihren 100. Geburtstag konnte sie aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr feiern. Aber sie hatte vorher noch darauf geachtet, dass in ihrem Namen noch eine Spende an den Solidaritätsbasar ging.

Mit Frieda ist eine aufrichtige, bis zuletzt engagierte Kämpferin für Frieden und Antifaschismus und eine sozial gerechte Welt von uns gegangen. Wir werden Frieda nicht vergessen.

Ingeborg Breidbach

Gedenken an die Verteidiger der Bremer Räterepublik

Anlässlich des 85. Jahrestages treffen wir uns **am Sonntag, 08. Februar 2004, um 11:00 Uhr** am Haupteingang des Waller Friedhofs (zu erreichen mit der Straßenbahn Linien 2 und 10)

Ablauf:
11:00 Uhr Gang vom Haupteingang Waller Friedhof zum Mahnmal für die Verteidiger der Bremer Räterepublik

Buchtstraßenchor

Ansprache Michael Breidbach (Betriebsratsvorsitzender Stahlwerke Bremen)

Buchtstraßenchor

Ansprache Hermann Gautier (ehem. stlv. Landesvorsitzender des Sozialverbandes/früher “Reichsbund”)

Buchtstraßenchor

Im Anschluss daran begeben wir uns mit Auto bzw. Straßenbahn Linie 3 zum Lichthaus/A.G.Weser zur Einweihung der Hermann-Prüser-Straße (gegen 12:30 Uhr).
Prof. Jörg Wollenberg zeigt in den Räumen des Arbeitervereins "Use Akschen" ein Interview mit Hermann Prüser über die letzte freie Rede in der Bremer Bürgerschaft am 10. März 1933.

Zu dieser Veranstaltung rufen auf:
Arbeiterverein Use Akschen, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Archiv Soziale Bewegungen, Bremer Antikapitalistische Linke, AStA Hochschule für Technik, Betriebsrat & Vertrauensleutekörperleitung Stahlwerke Bremen, Bremer Friedensforum, DKP-Bezirk Land Bremen, DGB Region Bremen/Niedersachsen, Geschichtswerkstatt Gröpelingen, MASCH Bremen, PDS Bremen, 'solid, SPD Bremen, VVN-BdA Bremen, sie wird unterstützt vom Buchtstraßenchor

Nachruf

Am 17.12.2003, nur wenige Tage nach ihrem 100. Geburtstag, verstarb unsere Kameradin Frieda Prüser. Bei Veranstaltungen in den 70er und 80er Jahren konnten wir von Frieda wie Hermann sehr viel über die Geschichte Gröpelingens und seiner Arbeiterschaft erfahren. Die Straßenbenennung nach Hermann Prüser am Lichthaus erfolgte zwar schon Ende Mai, eine offizielle Einweihung gab es allerdings trotz aller Nachfragen bislang nicht. Dies soll nun am 08. Februar im Anschluss an die Gedenkveranstaltung zu Ehren der Verteidiger der Bremer Räterepublik erfolgen.

Der Landesvorstand

Nicht auszuhalten?

Leserbrief zum Foto "Palast der Republik wird abgerissen" im Weserkurier vom 07. November 2003. Als ich das Foto sah, kam mir die Frage in den Sinn:
Was ist von einer Republik zu halten, die einen "Palast der Republik" nicht ertragen kann? Die nur Paläste des Feudaladels (Schlossplatz) und Paläste des Geldadels (Bankentürme) aushalten kann?

Regine Albrecht

Franzosen im "Reichseinsatz"

Üblicherweise werden wissenschaftliche Arbeiten in Fachzeitschriften besprochen. Manchmal gibt es aber auch gute Gründe, dies auch in unserem Organ zu tun. Überaus verdienstvoll für das Verständnis des Systems der Zwangsarbeit ist die 1995 vorgelegte 1.500seitige Dissertation von Helga Bories-Sawala "Franzosen im «Reichseinsatz»". In drei Bänden wird ausführlich dargelegt, wie und in welchen Schritten in Frankreich Zwangsarbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft rekrutiert wurden, wo und wie französische Zwangsarbeiter in Bremen eingesetzt waren, wie Lebensbedingungen, Bewachung und Kontrolle aussahen, ihr Arbeitseinsatz, ihre Beziehungen zu anderen Nationalitäten, wie ihre Rückkehr erfolgte, ihre Wiedereingliederung in die französische Gesellschaft, die Erinnerungsarbeit und Abstufung im Ansehen der sie umgebenden Gesellschaft.



Helga Bories-Sawala ist Lehrbeauftragte an der Universität Bremen im Fachbereich 10 (Sprachen - Romanistik). Seit vielen Jahren befasst sie sich mit dem Schicksal der französischen FremdarbeiterInnen in Bremen. Auf dem Foto ist sie eingerahmt von zwei ukrainischen Zwangsarbeiterinnen.

Helga Bories-Sawala hat den Schwerpunkt der Arbeit auf die Befragung ehemaliger Zwangsarbeiter gelegt, im Anhang lässt sich anhand des Erstfragebogens die Konzeption der Befragung nachvollziehen. Die Befragung erfolgte auf dem Hintergrund des 50. Jahrestags der Befreiung vom Faschismus. Die Dimension der Zwangsarbeit für die deutsche Kriegswirtschaft blieb ausgeblendet. Angesichts des Holocaust wurden viele Opfergruppen bewusst/unbewusst nicht wahrgenommen. Dies bewirkte eine Entlastungsfunktion bei deutschen Kriegsteilnehmern, die es ihnen erlaubte, ihre eigenen Erinnerungen zu verdrängen und das eigene Verhalten in Frage zu stellen (vgl. Bd.1, S.24).

Mit der Befragung von 23 Zeitzeugen, die im wesentlichen über Anzeigen in Verbandszeitschriften gewonnen wurden, mit der Konfrontation persönlicher Erinnerungen mit amtlichen Verlautbarungen, Erlässen und Dokumenten konnten gewichtige Aufschlüsse zur Dimension des Einsatzes von Zwangsarbeit am Rüstungsstandort Bremen herausgearbeitet werden. Dies ist geeignet, die sprunghafte Entwicklung verschiedener Schichten der Rüstungsindustrie, des Arbeitskräftebedarfs bei Bunker- und Lagerbau, bei der Beseitigung der Schäden nach Luftangriffen zu verdeutlichen. Kombiniert wurden stichprobenmäßig gewonnene Daten der Einwohnermeldekartei mit Zeitzeugenaussagen. Beschrieben werden Bemühungen von staatlichen Stellen und Wirtschaftsunternehmen um Zuweisung ausländischer Arbeitskräfte auf dem Hintergrund der bremischen Arbeitsmarktsituation (Kapitel 3).

Die Arbeit ist mehr als eine regionalgeschichtliche Untersuchung. Die Zeitzeugenbefragung führte zur Entdeckung "*einer erbitterten Auseinandersetzung um diese Vergangenheit zwischen den Verbänden der ehemaligen zivilen Zwangsarbeiter und der Überlebenden der KZs*" (Bd.1, S.27).

Das Thema Zwangsarbeit wurde in der Wahrnehmung der französischen Öffentlichkeit schlicht verdrängt. Zwar gab es Gesamtdarstellungen für die Personengruppe der Kriegsgefangenen, für Zwangsarbeiter aber fehlte etwas Vergleichbares. Schulbücher widmeten diesem Thema bis Ende der 80er Jahre im Schnitt sieben Zeilen! Eine besondere Rolle dabei spielte die Politik der Vichy-Regierung, die Freilassung französischer Kriegsgefangener durch massive Zugeständnisse bei der Bereitstellung von Zwangsarbeitern zu erreichen.

Beschrieben und durch Aussagen von Zeitzeugen verdeutlicht wird die Gefangennahme im Mai 1940, die Verbringung ins Lager Sandbostel, die Zuweisung an Arbeitskommandos in Bremen und die Überführung in den Zivilarbeiterstatus unter Bruch der Genfer Konvention. In einem weiteren Schritt untersucht Helga Bories-Sawala, in Kombination der Akten des Bremer Staatsarchivs mit denen der Archives Nationales die Bemühungen bremischer Firmen und öffentlicher Stellen um die rasche Vermehrung der Zahl französische Arbeitskräfte, die in Bremen zum Arbeitseinsatz kommen sollten. Zeitzeugeninterviews verdeutlichen die zunehmende Unterstellung der Vichy-Regierung unter deutsche Interessen.

Dargestellt werden die Versuche zur Anwerbung "Freiwilliger" über erste Anfänge zur Zwangsrekrutierung in den an Belgien angrenzenden Nordbezirken bis hin zum System der Zwangsbereitstellung von Arbeitskräften. "Die massiven Druckmittel ökonomischer und außerökonomischer Art, die während der Phase der ‚freiwilligen Anwerbung' praktiziert wurden, lassen Zweifel an der inhaltlichen Berechtigung dieser Bezeichnung aufkommen" (Bd.1, S. 349). Von Februar 1943 an wurden Arbeitskräfte nach Region und Geburtsjahrgang zur Zwangsarbeit verpflichtet. Gleichwohl wurde die offiziell seit September 1942 begonnene direkte Aushebung aus Industriebetrieben fortgesetzt.

Kapitel 4 (Bd. 2) beschreibt die Lebensumstände für französische Zwangsarbeiter in Bremen "*von der Propaganda über das organisierte Lagerleben und die Seelsorge bis hin zur Repression*". Die Befragung der Zeitzeugen erlaubte es im Vergleich festzustellen, mit welch unterschiedlicher Sichtweise sich der Wandel in der Einschätzung der französischen Politik vollzog. Hier wird auch die persönlich eingefärbte Sicht der vorgegebenen Wertehierarchie unter den Zwangsarbeitern, das Verhältnis zu "Ostarbeitern", italienischen Militärinternierten und französischen Zwangsarbeiterinnen erhellt.

Der dritte Band schließlich enthält ein ausführliches Verzeichnis der abgedruckten Quellen und Literatur, der schriftlichen und mündlichen Quellen, der Listen, Tabellen und Abbildungen, der Erinnerungsliteratur sowie 250 Seiten Dokumente.

Helga Bories-Sawala, "Franzosen im ‚Reichseinsatz': Deportation, Zwangsarbeit, Alltag - Erfahrungen und Erinnerungen", 1.500 Seiten, Peter Lang GmbH, Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt/Main 1996, 115,- Euro (ISBN 3-631-50032-7)
Raimund Gaebelein

Eine Jugend im KZ Buchenwald

Der Roman von Gisela Karau geht auf eine wirkliche Begebenheit zurück. Ins KZ Buchenwald wurden 1939 zweihundert polnische Kinder deportiert, von denen ein kleiner Teil die Befreiung des KZ am 11. April 1945 erlebte. Auch diese erlebten das Ende der Gewaltherrschaft nur, weil sich bereits länger einsitzende Häftlinge ihrer annahmen und ihnen so in einer Welt voll Schikanen und ohne Wissen, ob man den morgigen Tag erlebt, ein Stückchen Menschlichkeit bewahren und dadurch auch die Hoffnung auf ein menschlichere Welt.

Einer von diesen 200 Kindern ist der aus Krakow stammende dreizehnjähriger Janusz Kowalski. Ob es Janusz wirklich gab oder ob es sich hierbei um fiktive Person handelt, geht aus dem Roman nicht hervor. Janusz hat das Grauen gesehen. Er hat gesehen, wie Kameraden ermordet wurden und er hat Kinder gesehen, die voll Entsetzen wenige Tage nach der Befreiung die Schokolade, die ihnen amerikanische Soldaten in den Mund schieben, wieder ausspucken. Er hat Kinder gesehen, die nicht gelernt haben zu lachen. Er hatte Glück, denn ohne viel Glück, ohne sehr viel Glück hat niemand in einem Arbeits- oder Konzentrationslager überlebt.

Er hat Glück, nicht gleich bei der "Begrüßung" in Buchenwald auf dem Prügelbock gequält zu werden, wie jeder Zehnte der Neuankömmlinge. Er hat Glück nicht nach Auschwitz transportiert zu werden, wie andere Kinder und er hat Glück, dass, ganz im Gegensatz zu normalen Kapos, die häufig Handlanger der Bewacher waren, sich der Maurer-Kapo Robert der Kinder annimmt. Robert - die zweite Hauptfigur des Romans - schafft es der KZ-Leitung klar zu machen, wie wichtig es ist, für die Einhaltung von Terminvorgaben bezüglich Fertigstellung von Gebäuden gut ausgebildete Maurer zu haben. Robert darf eine Maurerklasse einrichten. So entzieht er die Kinder stundenweise den Blicken der Bewacher und ihrer Willkür.

Gisela Karau gelingt es, den Alltag in einer Weise zu beschreiben, die die Grauen für die Zielgruppe der Zwölfjährigen nachvollziehbar macht. Sie meistert die Gratwanderung zwischen einem Thriller, der die Jugendlichen entweder vom Lesen abhält oder sie in den Sog der Faszination des Grauens zieht, und einem seichtem Unterhaltungsroman, von dem in Erinnerung bleibt, dass es so schlimm ja nun doch nicht war. Dies wird möglich, in dem sie quasi wie mit Schlaglichtern das ‚Leben' von Janusz und Robert beleuchtet. Von der ersten Zeile an leidet man mit Janusz mit, hofft auf ein baldiges Ende des Elends und dass, obwohl wir alle ja wissen, wann endlich die Befreiung kam. Neben dem Alltag erlebt der Leser mal mit Janusz, mal mit Robert, die Geschichte des KZs mit - angefangen bei die Aussonderung der Kinder für den Transport nach Auschwitz bis hin zum Ende, dem Aufstand in Buchenwald. Der Leser erfährt neben vielem anderem auch, dass die beiden ehemaligen Reichstagsabgeordneten Rudolf Breitscheid und Ernst Thälmann angeblich bei einem Bombenangriff auf das KZ Buchwald umgekommen sind. Dies traf für Rudolf Breitscheid tatsächlich zu, Ernst Thälmann hingegen wurde in Wirklichkeit ermordet. Janusz begegnet Ärzten, hochbegabten Künstlern und Musikern, die im KZ wie er vegetieren.

Und Robert, Robert sitzt mit einem ständig heulenden Nazi in der Zelle, dessen Welt in Scherben gegangen ist. Dieser Getreue Hitlers hatte es gewagt einen Vorgesetzten zu denunzieren, weil dieser nicht mehr an den Endsieg glaubte, nur hatte sein Vorgesetzter die besseren Beziehungen und so saß nicht dieser, sondern er mit dem “Gesocks” ein, dass er, der Herrenmensch, bisher verfolgt hatte.

Janusz ist Kommunist. Rudolf ist Kommunist. Dieser Umstand wird dem Buch immer mal wieder negativ angelastet, weil es dadurch tendenziös geschrieben sei. Es ist richtig, dass hier und da im Buch der Kommunismus betont wird. Ich selber fand es aber nicht störend. Natürlich kann man Gisela Karau vorwerfen, dass die anderen Verfolgten Gruppen nur am Rande oder gar nicht erwähnt werden, nur finde ich, dass gerade dadurch, dass man versucht in einem Jugendbuch allen und jedem gerecht zu werden, das Buch dann durch den erhobenen pädagogischen Zeigefinger unlesbar wird.

Ich habe dieses Buch zum ersten Mal mit ca. 16 Jahren gelesen und finde es nach wie vor als Buch über einen Teil unserer Geschichte sehr empfehlenswert.

Das Buch "Janusz K. oder Viele Worte haben einen doppelten Sinn" von Gisela Karau ist leider vergriffen. Aber es ist im Herbst 2003 neu aufgelegt worden. Unter dem Titel "Der gute Stern des Janusz K." ist es im Verlag Pahl-Rugenstein Nachfolger erschienen. Es hat 163 Seiten und kostet 9,90 Euro. (ISBN: 3-891-44346-3)

Silke

Antifa heißt, öfter mal nach Hastedt gehen

"Rock gegen Rechts Konzert" am 24. Januar im "Wehrschloss"

Bisher war der Stadtteil Hastedt nur bekannt für RentnerInnen, Muff, Langeweile und Unkraut-befreite Vorgärten. Ein "ordentlicher deutscher" Stadtteil halt, in dem nach abends 22:00 Uhr die Bürgersteige hochgeklappt werden. Ausdruck eines etwas anderen Konzeptes einer "befreiten Zone" sind da die seit ein paar Monaten feststellbaren faschistischen Aktivitäten in Hastedt. Rund um den Friedhof der jüdischen Gemeinde in Bremen häufen sich antisemitische Schmierereien und Graffiti, NPD-Aufkleber finden sich neben Hakenkreuzen wieder.

Hastedt, ein kleinbürgerlicher Stadtteil, gelegen zwischen absterbenden Industriequartieren und der Innenstadt weist dabei eine lange Geschichte von Menschen jüdischen Glaubens auf. 1782 bereits wurde es den ersten, als sog. "Schutzjuden" juristisch erfassten, Menschen jüdischen Glaubens ermöglicht, sich im damals noch hannoverschen Hastedt niederzulassen. 1796 wurde erstmals ein bis heute erhaltener Grabstein errichtet und damit der jüdische Friedhof gegründet. Nach der Machtübertragung an die deutschen FaschistInnen 1933 lebten in Hastedt über 110 Jüdinnen und Juden. Von ihnen überlebten an die 40 den Holocaust.

Nun erlebt Hastedt, nach Jahrzehnten versteckter und nur partiell in den Wahlerfolgen faschistischer und rechtspopulistischer Parteien (NPD in den 60er und beginnenden 70er Jahren, Einzug von DVU und aktuell PRO in den Beirat Hemelingen) messbarer Zustimmung zu antisemitischen Parolen im Stadtteil, erneut offene Nazi-Aktvitäten. Diese, nicht abgelöst vom Kontext eines gesamtgesellschaftlichen Sozialkahlschlages und Klassenkampfes von oben nach unten betrachtbar, erfreuen sich zwar keiner offenen zur Schau getragenen Zustimmung, aber doch einer über die Jahrzehnte erfolgreich einstudierten "Politik des Wegguckens".

Um diesen faschistischen Aktivitäten entgegen zu treten, Öffentlichkeit zu schaffen und Widerstand zu organisieren, hat sich die Antifaschistische Aktion Hastedt, getragen von einer Vielzahl antifaschistischer Zusammenhänge und Einzelpersonen, gebildet.

Am 24. Januar organisiert diese deshalb im Freizi "Wehrschloss" ein "Rock gegen Rechts Konzert" mit Daddy Ale, Rotz und anderen Bands.

Also: "*Antifa heißt, öfter mal nach Hastedt gehen.*"

Tobias

Protestschreiben

zur Durchsuchung der Räume der nordrhein-westfälischen Landesvereinigung und der Wohnung von unserem Kameraden Ulrich Sander an Staatsanwaltschaft Dortmund und Justizministerium NRW

"Nachdrücklich protestieren wir gegen die Durchsuchung der Räume unserer nordrhein-westfälischen Landesvereinigung und der Wohnung von Herrn Ulrich Sander, sowie die Beschlagnahme von PC-Festplatten und Adress-Dateien. Am 03. Dezember 2003 wurden sowohl die Privatwohnung von VVN-Landessprecher Ulrich Sander als auch das Landesbüro der VVN-BdA in Wuppertal von der Polizei durchsucht. Der Vorwurf: Landessprecher Ulrich Sander habe im Namen des Oberstaatsanwaltes Maaß Briefe verschickt, in denen Ermittlungsverfahren angekündigt waren gegen die ehemaligen Wehrmachtssoldaten, die mutmaßlich die Verbrechen in Kephallonia begangen haben. Damit habe er Amtsanmaßung begangen, so der ermittelnde Oberstaatsanwalt Bernhard Düllmann.

Diese Briefe können alle möglichen Leute verschickt haben. Wenn die Briefe Ähnlichkeit mit dem Schriftwechsel zwischen ihm und dem Oberstaatsanwalt Maaß hätten, beweist das gar nichts, der Briefwechsel ist schließlich im Internet veröffentlicht worden. Ulrich Sander hat in der Vergangenheit stets öffentlich als Journalist und Landessprecher der VVN-BdA seine notwendigen Aktionen durchgeführt, so auch die Übergabe der über 200 Namen und Adressen von möglichen Tätern an Massakern in Griechenland und Italien.

Die nun erfolgte Durchsuchung und Beschlagnahmung des PC's und persönlicher Briefe von Ulrich Sander, der sich u.a. mit der Recherche zu NS-Verbrechen in Griechenland befasst, werten wir als einen Angriff auf diejenigen, die sich mit der Aufklärung von NS-Verbrechen beschäftigen. Und angesichts der ungesühnt gebliebenen Verbrechen sehen wir sie auch als Ausdruck von Zynismus und Hohn gegenüber den Opfern des NS-Regimes!

Wegen der Erschießung von über 5.000 italienischen Kriegsgefangenen im September 1943 auf der griechischen Insel Kephallonia ist es in der Bundesrepublik nie zu einer Strafverfolgung und Verurteilung der Täter gekommen, Ermittlungsverfahren wurden eingestellt. Die VVN hatte in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege in diesem Jahr den Staatsanwaltschaften in München, Dortmund und Ludwigsburg wiederholt eine Liste mit über 200 Namen und Adressen von möglichen Tätern an Massakern in Griechenland und Italien übergeben und die Staatsanwaltschaften zu Ermittlungen aufgefordert.

Die Zentralstelle in Dortmund steht sowohl unter Leitung von Klaus Schacht als auch von Ulrich Maaß leider nicht im Verdacht, schnell gegen NS-Kriegsverbrecher zu ermitteln. Im öffentlich stark beachteten Fall Kephallonia läuft die Ermittlung der Adressen der Tatverdächtigen so langsam, bis der letzte Gebirgsjäger gestorben ist.

Anstatt die Mitgliederkartei des "Kameradenkreises der Gebirgstruppe" in München zu beschlagnahmen, die Geburtstagsgrüße der alten Gebirgsjäger in ihrer Vereinszeitung "Die Gebirgstruppe" zur Kenntnis zu nehmen oder sich die einschlägigen Telefonbücher in Österreich und Deutschland zu besorgen, werden jahrelang in Amtshilfe von Einwohnermeldeämtern und Auslandsvertretungen die Adressen der mutmaßlichen Täter gesucht. Auch für das jüngst eröffnete Verfahren gegen den niederländischen SS-Mann Herbertus Bikker vor dem Landgericht Hagen hat die Behörde von Ulrich Maaß acht Jahre gebraucht, obwohl ein Geständnis des Mörders im Magazin "Stern" nachzulesen war.

Wir fordern die Herausgabe der kopierten Dateien und die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen Ulrich Sander!

Wir fordern, Ermittlungen und Strafverfahren nicht als Mittel der Einschüchterung gegen AntifaschistInnen zu verwenden, sondern diejenigen strafrechtlich zu belangen, welche die Ermordung von Zivilbevölkerung und Kriegsgefangenen im Zuge deutscher Besatzungsherrschaft und Großmachtstreben organisiert und durchgeführt haben!

Wir fordern die Verfolgung und Verurteilung der NS-Kriegsverbrecher und die Entschädigung aller NS-Opfer!"

Raimund Gaebelein
(Landesvorsitzender)

Straßenschilder

"Zum 65. Jahrestag der Reichspogromnacht am 09. November wäre es angebracht, in geeigneter Weise auf die Umbenennung dreier Straßen im Humannviertel durch die Nationalsozialisten hinzuweisen. Diese drei Straßen wiesen alttestamentarische Namen auf, die von den Nationalsozialisten offensichtlich als jüdische Namen betrachtet wurden.

Benachbarte Straßennamen wie Wittekindstraße blieben von Umbenennungen unberührt. Nur dem Gutachten eines (ebenfalls nationalsozialistischen) Sachverständigen war es zu verdanken, dass die Umbenennung der Morgenlandstraße unterblieb.
Hiermit möchte ich den Beirat auffordern, bei folgenden Straßen die beschleunigte Anbringung erklärender Zusatzschilder zu beschließen und einzufordern: Adelstedter Straße (bis Juni 1936 Raphaelstraße), Uthleder Straße (bis Juni 1936 Urielstraße), Driftsether Straße (bis Juni 1936 Michaelstraße)".

Raimund Gaebelein
(PDS im Beirat Gröpelingen)

Warum in der Vergangenheit forschen?

Geschichte und Gegenwart (letztere wird ja schnell zur Vergangenheit) sind sehr miteinander verbunden. Und ich begreife oft nicht, warum man in der Vergangenheit forschen kann, noch nicht Veröffentlichtes endlich zu zeigen, aber den Geist, der noch immer wirkt und wieder zu neuen Bewegungen und Taten im alten Sinne führt, dabei draußen lassen kann.

Ich kann natürlich die forschenden Historiker und Sozialwissenschaftler verstehen, weil ich selbst merke, wie man sich in eine solche Materie vertiefen kann, aber dass man dabei so wenig Mut aufbringt, sich den gegenwärtigen Fragen ähnlicher oder gleicher Art zu widmen, das will mir nicht einleuchten. Oft habe ich den Eindruck, dass man zu wenig konsensfähig ist! - Zurzeit finden ja wieder die Sammlungen und Betteleien für humanitäre Zwecke - verstärkt - statt. In den gleichen Zeitungen, aber auch anderen Medien, werden die zerstörenden Beispiele von einer Kriegsmaschinerie mit betroffenen Kindern (als einem Beispiel) genannt, denen auf der anderen Seite wieder geholfen werden soll.
Wenn die Hunderte von Gruppen (z.B. UNICEF) mit ihren prominenten Werbern gleichzeitig auf diese Widersprüche aufmerksam machten, müsste man nicht 20 oder 50 Jahre später Forschungsarbeit begehen mit der Fragestellung: Wie konnte das geschehen? Aber wem sag ich das!

Armin Stolle

Auf Kahlschlagtour

Die ewig lächelnde Staatsrätin, Elisabeth Charlotte Motschmann, geb. Baronesse von Düsterlohe, hat sich wohl wieder einmal in den Kopf gesetzt, die Kultur in Bremen "auf Vordermann" zu bringen. Sie hat bereits im Herbst 2003 Gerd Meyer, Leiter des Bürgerhauses Gustav-Heinemann in Vegesack, in Verruf gebracht, so pfeifen es die Spatzen vom Dach. Finanzielle Unregelmäßigkeiten soll es gegeben haben, sagt "frau". Dass eigentlich die herausragende Arbeit gemeint ist, darf die Weikersheimerin (Anm.: Weikersheim gilt als Kaderschmiede und Bindeglied zwischen den Konservativen und den Neonazis) natürlich nicht sagen. So muss das "Mahnmal für den unbekannten Deserteur" mehr als ein Dorn im Auge der Adeligen sein. Kultur ist halt mehr als nur Kaffee und Kuchen anbieten oder Dia-Shows über Ostpreußen und Schlesien zeigen. Kultur kann Politik sein, wenn sie gut gemacht ist. Nicht allein Zeit-tot-schlagen. In der Kultur gibt es "schwere Kost" wie z.B. eine Oper von Bernd Alois Zimmermann oder "leichte Kost" wie z.B. ein Musical. Kultur kann aber auch Aufklären und Mahnen sein. Menschen zum Denken bringen. Und genau das muss verhindert werden, denkt sich wohl Frau Baronesse.

Auch wenn sich die Anschuldigungen gegen Gerd Meyer als falsch erweisen, bleibt doch immer etwas hängen. Leider. Und genau hier setzt die "politische Disziplinierung und finanzielle Austrocknung des KITO" ein. Außerdem hat die CDU wohl indirekt zugegeben, dass die Einladung von Sarah Wagenknecht (PDS) seitens des KITOs ein ganz wesentlicher Grund für die "Austrocknung des KITO" war. Und doch wird es wieder um Kunst gegen, die die Zustimmung des ultranationalen Lagers nie erlangen wird. Wozu soll man sich ein Konzert von Mangelsdorff oder Frith anhören? Eine Lesung der "Werke" der NS-Poetin Agnes Miegel tut's doch auch, oder? Kunst ist manchmal unbequem und auf den ersten Blick schrill oder schief.

Manche Kulturhäppchen muss man mehrmals kauen um sie gut verdauen zu können. Wer nur Weißbrot isst, quillt auf, lebt sehr ungesund. Aber bei solchen Gedanken bleiben Frau Baronesse Lachs und Kaviar im Halse stecken. Na ja, vielleicht ein tröstlicher Gedanke.

Gerold

Saddam gefasst - Probleme nicht gelöst

Das Bremer Friedensforum begrüßt natürlich die Gefangennahme des Ex-Diktators Saddam Hussein. An Saddams Händen klebt Blut. Auch schon zu Zeiten, als er ein fester Verbündeter der USA war, zum Beispiel im iranisch-irakischen Krieg in den 80er Jahren. Saddam Hussein muss sich vor einem unabhängigen irakischen Gericht für das Leid und die politische Unterdrückung verantworten, die er dem irakischen Volk zugefügt hat, für die Hinrichtung von Tausenden und Abertausenden politischer Gefangener.

Der Fahndungserfolg kann dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak im Frühjahr 2003, gegen den auch in Bremen Tausende demonstrierten, im Nachhinein keine Legitimation verleihen. Der einträchtige Jubel der Regierungen der Kriegsallianz und der ehemaligen Kriegsgegner Frankreich und Deutschland darf nicht vergessen machen, dass in diesem Krieg Tausende von Zivilpersonen ums Leben gekommen sind und die Infrastruktur des Landes erheblich zerstört worden ist. Es darf auch nicht vergessen werden, dass der Krieg mit dem Argument geführt wurde, der Irak besäße unerlaubte Massenvernichtungswaffen.

Die Gefangennahme Saddam Husseins beendet keineswegs die Auseinandersetzung, das Chaos und Widerstand in der Bevölkerung gegen das Besatzungsregime. Der Abzug der Besatzung wäre ein erster wichtiger Schritt zur Beruhigung der Lage im Irak. Eine möglichst schnelle Übertragung der Befugnisse an die Vereinten Nationen und die Durchführung ungehinderter, freier und gleicher Wahlen müssen dem irakischen Volk die volle Souveränität wiedergeben. Dafür setzt sich das Friedensforum im Rahmen der weltweiten Anti-Kriegsbewegung ein.

Ekkehard Lentz (Sprecher des Bremer Friedensforums)

Männer und Frauen des Widerstandes, Verfolgte und Opfer des NS-Regimes gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sie sich für jüngere Mitglieder als VVN-Bund der Antifaschisten. Sie hat sich als überparteiliche Bewegung zum Ziel gesetzt, eine neue "Welt des Friedens und der Freiheit" zu erringen.

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den “Bremer Antifaschist” probeweise / regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Geschichtsforschung
- o Erinnerungsarbeit

Name
Vorname ____________________
Straße ____________________
PLZ, Ort ____________________
Geb.-Datum ____________________
Bremen, den ____________________
Unterschrift ____________________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Straße 26,
28217 Bremen

Gibt es bald ein neues Schulfach: Töten?

"Wir ziehen unser Geschwader in den Pazifik", donnert der Regierungschef der USA. So oder so ähnlich geht es ab beim Kriegspielen. Die Bundeswehr (BW) geht ganz perfide an die Schulen und wirbt mit ihrem Kriegsspiel namens POL&IS (Politik & innere Sicherheit). Jugendoffiziere "spielen" das "sicherheitspolitische" Simulationsspiel jährlich mit über 14.000 Schülern und Jugendlichen in ein- oder mehrtägigen Seminarveranstaltungen. Dort dürfen sie dann Staatschefs, Verteidigungs- oder Außenminister spielen, auch an die UN wurde gedacht. Sogar Opposition, Presse und Greenpeace sind gnädigerweise vorgesehen. Es gehe um Politikverständnis, heißt es bei der BW.

Auf die Frage, ob denn gerade eine Kaserne geeignet sei, jungen Menschen politisches Denken zu vermitteln, reagiert der zuständige Jugendoffizier beleidigt: "*Es wird niemand gezwungen, POL&IS zu spielen. Ich sehe da kein Konfliktpotenzial drin.*" Bei so viel Kriegspielen kann einem schon mal der Horizont unterm Helm verschwinden.

Ursprünglich wurde POL&IS von Wolfgang Leidhold entwickelt, um die Abläufe in der Weltpolitik zu veranschaulichen. Auf der Basis Projekt NIKOS (Neue Informations- und Kommunikationstechnologien im Studium) hatte er die Simulation entwickelt. Der Name klingt recht harmlos, doch die Richtung war schon damals klar, z.B. Truppenbewegungen bis hin zum Angriff auf andere Regionen oder innerregionaler Putsch. Er verkaufte das Spiel 1989 an die Bundeswehr. Diese setzt es seit Anfang der 1990er Jahre ein, um in Schulklassen der Sekundarstufe II zu werben. Im Jahr 2001 erhielt Wolfgang Leidhold für seine "Verdienste" den Karl-Carstens-Preis des Freundeskreise der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Es ist kein Zufall, dass der Preis den Namen eines Bremer Weikersheim-Referenten und NS-Jurist und SA-Studentenstürmler trägt.

Das Spiel findet allgemein Anklang bei den Offizieren wie auch bei den Schülern und Lehrern. "*So werden den Schülern auch gegenüber der Bundeswehr ihre Hemmungen und Berührungsängste genommen*" meint ein Lehrer. Da hat die BW ihr Ziel erreicht. Aber es gibt auch massive Kritik. "*Bei diesem Spiel wird Politik auf einen total verengten institutionellen Begriff reduziert*" sagt der Politologe Markus Euskirchen. "*Die Schüler lernen, den Blick der Herrschenden einzunehmen.*" Ich frage mich, wer ist eigentlich der Feind in dem Spiel? Der "böse Iwan", die "gelbe Gefahr" oder neuerdings der Islam?

Gerold

Neuer Bundesvorsitzender

Prof. Dr. Heinrich Fink ist vom geschäftsführenden Vorstand der VVN-BdA als Nachfolger des verstorbenen Fred Dellheim zu einem der Vorsitzenden der Organisation gewählt worden. Der Berliner Theologe wurde am 31. März 1935 in Korntal, Bessarabien geboren. Als Synodaler der Kirche Berlin-Brandenburg wirkte er national und in der christlichen Friedenskonferenz auch international in der Friedensbewegung. Von 1980 bis 1989 war er Direktor der Sektion Theologie der Berliner Humboldt Universität und 1990 deren erster freigewählter Rektor. Auf dem zweiten Gründungskongress des Bundes der Antifaschisten im Mai 1990 wählten die Delegierten Heinrich Fink zum Vorsitzenden. Er war maßgeblich an der Vereinigung von IVVdN und BdA und später am Zusammenschluss der west- und ostdeutschen antifaschistischen Verbände zur gesamtdeutschen VVN-BdA beteiligt und auf dem Vereinigungskongress im Oktober 2002 in den Geschäftsführenden Vorstand gewählt.

Von 1998 bis 2002 gehörte er als PDS-Abgeordneter dem Bundestag an.

Übernommen aus *antifa*

Gedenken an die Deserteure

Am 15. November fand in der Zeit von 11:00 bis 12:00 Uhr auf dem Marktplatz eine Mahnwache der DFG/VK (Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen) Bremen statt. Sie nahm den Volkstrauertag zum würdigen Anlass, in der Bremer Innenstadt deutliche Akzente in Richtung Frieden zu setzen. Sie wendet sich seit jeher gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr ein. Gleiches gilt auch für die fortschreitende Militarisierung unserer Gesellschaft wie die ständig fortgesetzte Rüstungsproduktion in Bremen. Die DFG/VK erinnert an die vielen ermordeten Deserteure der beiden Weltkriege und an die Abermillionen Toten unter der Zivilbevölkerung. Mit in das Gedenken einbezogen sind die sechs Millionen ermordeten Juden und die vielen Toten unter den Widerstandskämpfern gegen das faschistische Terrorregime. Im Rahmen der Mahnwache wies sie noch einmal darauf hin, dass Bremen dem vorbildlichen Verhalten Osnabrücks oder Münsters folgen und für die Aufnahme von Deserteuren endlich die nötigen Voraussetzungen schaffen sollte.

Gerold

"Der Bremer Antifaschist" ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA)

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Straße 26, 28217 Bremen-Walle

Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.vvn-bda.de/bremen

Montag: 17:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00 - 19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro (siehe links) oder unter 6163215 (Raimund Gaebelein) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.
Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag eines Monats von 18:00 - 20:30 Uhr.
Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!